

LINKSZEITUNG



Gemeinsam statt einsam

Für ein gerechteres Kassel & Hessen

GEGEN RECHTS

Warum die AfD
unsoziale Politik
macht.

LANDTAGSWAHL

Unsere Kandidat:innen
für Kassel stellen
sich vor.

KULTUR

Nein zum riesigem
Hotelkomplex in der
Fünffensterstraße.

LIEBE LESER:INNEN

Die neue LinkS-zeitung ist da

Schön, dass Sie unsere kleine LinkSzeitung lesen! Geschrieben und verteilt von Leuten, die in der politischen Linken in Kassel aktiv sind; kostenlos für alle, die es interessiert.

Wir erzählen, was wir im Stadtparlament anschieben. Wir zeigen Gesichter und Projekte von Linken in Kassel. Und wir berichten über Menschen in Kassel, die zu wenig beachtet werden.

Die allererste LinkSzeitung ist im Jahr 2007 erschienen. Seither gab es 35 Ausgaben. Und jetzt haben wir angefangen, die LinkSzeitung nezugestalten: Kürzere Artikel, leichter zu lesen und neues Design.

Wir freuen uns sehr über Rückmeldungen jeder Art - am besten per E-Mail an info@linksfraktion-kassel.de

„Wir“ sind Stadtverordnete, Magistratsmitglieder, Ortsbeiräte, Mitglieder im Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Kassel. Dazu gesellen sich immer wieder Linke ohne Parteibuch, die in Initiativen aktiv sind: für Frieden, Gerechtigkeit, Solidarität und Umweltschutz in unserer Stadt.

Freundliche Grüße von der Redaktion: Christine Stein, Sabine Leidig, Myriam Kaskel und Jens Meyer

Alle Ausgaben hier zum Stöbern:



Demo von „Fridays for future“ am Hauptbahnhof.

MOBILITÄT

Nulltarif für NVV

Wisst ihr noch? Im letzten Sommer gab es das 9-Euro-Ticket – das war toll!

Das konnten sich alle leisten. Seit Mai gibt es ein Deutschlandticket für den öffentlichen Nahverkehr im ganzen Land. Das kostet aber 49 Euro im Monat. Und das ist für viele zu viel. Seit 1. August bietet Hessen das vergünstigt als Sozialticket an. Für 31 Euro pro Monat. Aber das hilft kaum weiter.

In Kassel gibt es seit 2020 ein Sozialticket für alle, die zu wenig Einkommen haben und eine Teilhabe-Card besitzen. Dieses „Mittendrin-Ticket“ kostet 35 Euro im Monat. Man kann damit Bus, Tram und Regiotram im Kassel-Plus Gebiet nutzen und wochentags ab 19 Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen eine weitere erwachsene Person und alle zum Haushalt gehörenden Kinder unter 18 Jahren kostenfrei mitnehmen. Es gibt

viele von Armut betroffene Familien in unserer Stadt, für die diese Möglichkeit sehr wichtig ist. Allerdings müssen sich Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, das Geld für das Ticket vom Mund absparen - gerade jetzt, wo alles Lebensnotwendige so viel teurer geworden ist.

Wir wollen den Nulltarif für alle mit Teilhabe-Card! Dafür müsste die Stadt Kassel etwa 600.000 Euro an die Verkehrsgesellschaft KVG bezahlen. Das beantragt DIE LINKE für den Haushalt. Und wir sammeln Unterschriften dafür, damit der Druck größer wird.

Zusätzlich soll das 31-Euro-Ticket vom Land Hessen so gelten wie bisher das Mittendrin-Ticket. Und das deutschlandweit. Und nicht als Jahres-Abo, sondern einzeln für jeden Monat zu kaufen.

ARMUT

Jedes 4. Kind in Kassel ist arm, in Hessen jedes fünfte Kind. Vor allem Alleinerziehende und Familien mit mehr als 2 Kindern sind von Armut gefährdet.

Schon jetzt sind mehr als 1000 Menschen in Kassel wohnungslos. Über 18 % der Menschen in Kassel gelten als arm und viele mehr haben durch niedrige Löhne, die hohen Mieten, Lebensmittelpreise und Energiekosten zu kämpfen. Die Tarifverhandlungen 2023 brachten nur Ergebnisse, die unter der Inflationsrate liegen, d. h. echte Lohnsteigerungen gab es dieses Jahr nicht.

Doch was kann man konkret tun, um Menschen in Not zu helfen? Dazu haben wir eine Diskussionsveranstaltung mit Betroffenen gemacht. Auch unsere Fachleute

aus der wöchentlichen Sozialsprechstunde waren dabei. Sie haben von vielen Missständen berichtet und Vorschläge gemacht, was ihnen helfen würde. Diese wollen wir in den Kasseler Pakt gegen Armut tragen: Eine Diskussionsrunde in der Politiker:innen, Mitarbeiter:innen in den Ämtern und Sozialarbeiter:innen versuchen Vorschläge zu erarbeiten. Bisher aber ohne Betroffene dazuzuholen. Bei unserem Austausch mit den Betroffenen konnten vor allem folgende schnell umsetzbare Punkte als zentral für einen Kampf gegen Armut gefunden werden.

Die Bürokratie des Jobcenters lässt Menschen verzweifeln, die Formulare sind zu kompliziert und unverständlich. Die konkrete Not bleibt außen vor. Ein Nothilfe-

Fonds aus dem z. B. Mietkaution bezahlt werden kann, wäre sehr nötig - u. a. um Wohnungslosigkeit zu vermeiden! Es braucht mehr persönliche Beratung im Jobcenter. Bearbeitungszeiten müssen verkürzt und Bescheide schneller verschickt werden. Ermessensspielräume müssen zugunsten der Betroffenen ausgeschöpft werden und Vorschüsse müssen häufiger unbürokratisch vergeben werden.

Auch ein städtischer Dolmetscherpool ist wichtig und muss ausgebaut werden, ebenso eine einfache(re) Sprache der Behörden. Darüber hinaus brauchen Not-Unterkünfte Hausmeister:innen, die auch Entscheidungen treffen können und Sozialarbeit vor Ort.



Macht Hessen gerecht

DIE LINKE kämpft dafür, die Lebensbedingungen der Menschen konkret zu verbessern. Dafür suchen wir auch die Zusammenarbeit mit Partner:innen, mit denen es möglich ist, einen echten Politikwechsel durchzusetzen und Hessen sozialer, ökologischer und gerechter zu machen. Für diese Ziele wollen wir weiter Druck machen. Für uns ist es entscheidend, dass sich die Politik verändert. Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für:

- Soziale Sicherheit und gute Arbeit
- Bezahlbare Mieten und ein sicheres Zuhause
- Rüstungskonversion und Frieden
- Klimagerechte Zukunft durch Energie-, Verkehrs- und Agrarwende
- Gerechte Bildung für alle
- Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land
- Vorrang für das Öffentliche und ein gut ausgebautes Gemeinwesen

Atilla Sarikaya

Direktkandidat Kassel-West

Warum kandidierst Du für den Landtag?

Ich habe meine Aufgabe immer darin gesehen, den Druck auf Politik durch Aktivitäten auf der Straße zu erhöhen, um Politik zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu bewegen. Besonders durch die Unterstützung von sozialen Kämpfen will ich zu einer sozial gerechteren Welt beitragen. Ich streite für eine Gesellschaft, in der alle Menschen am Wohlstand beteiligt werden und in der sie ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Wobei macht DIE LINKE den Unterschied?

Bei unserer Partei finde ich den Anspruch auf soziale Gerechtigkeit gut verknüpft mit der Verteilungsfrage. In unserer reichen Gesellschaft ist genug für Alle da, aber nicht genug für die Gier von einigen wenigen. Ich will solidarische Lösungen in den Bereichen Wohnen, Energie, Verkehr, Bildung, Gesundheit, etc. bei dem keiner allein gelassen wird. Das bindet mich als überzeugten Demokraten an DIE LINKE.

Was sind die drängenden Probleme, die Du in Kassel und Hessen siehst?

Mein Herzensprojekt in Kassel und Hessen wäre der Ausbau von Wohn- und Kulturräumen in öffentlicher Hand. Die Preissteigerungen von Mieten in den letzten Jahren und die hinzugekommenen Preissteigerungen bei Energie und Lebensmittel durch die Inflation, haben die geringen Einkommen besonders stark belastet. Hinzu kommt der Umbau unserer Energieversorgung, die dezentral in Kommunen erfolgen muss und Bürgerenergie den Vorzug lässt.



Machen Sie sich ein Bild von unserem Programm und unseren Kandidierenden. Wählen Sie am 08. Oktober 2023 DIE LINKE!



Violetta Bock

Direktkandidatin Kassel-Ost

Warum kandidierst Du für den Landtag?

Ich kandidiere, weil ich fest daran glaube, dass wir gemeinsam eine gerechtere Gesellschaft erkämpfen können. Dazu brauchen wir eine starke Stimme in den Parlamenten. Ohne die Menschen in Betrieben und auf der Straße haben Ideen im Parlament in der Geschichte jedoch nie zu tatsächlichen Erfolgen für die Mehrheit geführt. Wir müssen sie uns gemeinsam holen. Aber auch das wird sehr viel einfacher, wenn es im Parlament eine starke linke Opposition gibt.

Wo macht DIE LINKE den Unterschied?

Wir sind momentan die einzige Kraft im Landesparlament, die den Finger in die Wunde legt. Sei es, wenn Hessen ein Schlusslicht in der Klimapolitik ist oder man den NSU-Komplex am liebsten vergessen lassen möchte. Von dem fehlenden bezahlbaren Wohnraum und hoher Kinderarmut ganz zu schweigen, wenn man gleichzeitig eins der reichsten Bundesländer ist.

Was sind deine politischen Herzensthemen?

Ich will, dass diejenigen, die

heute unseren Wohlstand erarbeiten, auch diejenigen werden, die über unsere Zukunft entscheiden. Nicht die 10 Prozent der Oberschicht sondern Arbeiter:innen sollen die Macht über die Frage, was, wie und für wen produziert wird erlangen - statt Profitinteressen unsere Gesellschaft formen zu lassen. Und ich will, dass diejenigen, die heute vom Staat drangsaliert werden, weil sie noch nicht in seinem Sinne "arbeiten" können oder dürfen, sich nicht in Ämtern rumschlagen müssen. Ich will, dass diejenigen, die vor Armut und Gewalt fliehen, keine Angst haben müssen, wenn es im Morgenrauen klingelt.

Wo sind die Schnittmengen zwischen deiner Kandidatur als Oberbürgermeisterin und der zur Landtagswahl?

Egal ob es um den Nahverkehr, die Wasserversorgung oder den Zustand der Spielplätze geht: Die Kommune und die Landespolitik sind oft die Mauern, gegen die Menschen in Hessen anlaufen, um etwas zum Besseren zu verändern.



Solidarität mit

Streikenden im

Öffentlichen Dienst

GEFLÜCHTETE**Recht zu bleiben**

Die Zahl der Menschen, die vor Kriegen, den Auswirkungen der Klimakatastrophe, politischer Verfolgung fliehen müssen, ist seit Jahren steigend.

Ende 2022 waren laut Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen 108,4 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Die meisten ziehen in Nachbarländer. Wer es hierher schafft, ist oft nach wie vor nicht sicher. Von den knapp 13.000 Abschiebungen 2022 („freiwillige Ausreisen“ nicht mitgezählt), sind allein aus Hessen unter schwarz-grüner Regierung gut 1000 Menschen abgeschoben worden.

Die Abschiebung eines fünffachen Familienvaters, der seit über 27 Jahren in Deutschland lebt, konnte wortwörtlich in letzter Minute verhindert werden. Er war bereits in Abschiebehaft und in Handschellen auf dem Weg zum Flughafen. Durch Solidarität, engagierte Anwälte und Öffentlichkeit konnte sie fürs Erste verhindert werden. Anders erging es einem 19-jährigen Auszubildenden. Trotz Fachkräftemangel wurde er von einem Termin im Rathaus bei der Ausländerbehörde direkt zum Flughafen gebracht. Dieser Fall war für uns Anlass, zu beantragen, dass die Kommune jede Möglichkeit ausschöpft, Abschiebungen aus öffentlichen Einrichtungen zu verhindern. Wer einen Termin bei einer Behörde hat, darf keine Angst haben. Wir knicken nicht ein vor dem erstarkenden Rassismus.

Rechte bekämpft man nicht, indem man ihre Forderungen übernimmt, wie dies gerade Frau Faeser tut. Für das Recht zu bleiben! Für die Bekämpfung von Fluchtursachen, nicht Menschen!

**GEGEN RECHTS****Angeblichen Alternativen auf den Grund gehen**

Gerne präsentiert sich die AfD als die Partei, die Mal ordentlich auf den Tisch haut gegen die korrupten Eliten „da oben“. In Wirklichkeit vertritt niemand so stark die Interessen der Eliten wie die sogenannte „Alternative für Deutschland“.

Die AfD streitet für Sozialabbau, gegen Gleichberechtigung und die Ausgrenzung und Diskriminierung von Migrant:innen & Geflüchteten. Anstatt sich um die Beschäftigten zu kümmern, will die AfD die Unternehmen, Besserverdienende und Superreiche durch eine Veränderung der Einkommenssteuer noch weiter entlasten.

Steuerhinterziehung durch Reiche kostet den Staat jetzt schon jedes Jahr 100 Milliarden Euro. Mit der Gewerbesteuer, die nur gut verdienende Unternehmen zahlen, will die AfD zudem eine wichtige Geldquelle der Kommunen abschaffen. Kürzungen in der Jugend- und Sozialarbeit, bei der Unterstützung von Vereinen und bei Kinderbetreuung wären die Folge. Auch die kommunale Grunderwerbssteuer und die Erb-

schaftssteuer sollen dran glauben, die auch nur von eher reichen Menschen gezahlt wird. Sozialwohnungen sollen abgeschafft und die letzten öffentlichen Wohnungsbaunternehmen privatisiert werden.

Ein leichter Zugang zu guter Bildung ist der wichtigste Baustein der Demokratie, damit Menschen lernen, für ihre Rechte zu kämpfen. Fast nirgendwo haben Arbeiter:innen Kinder so schlechte Chancen an die Uni zu gehen, wie hier. Eine Ursache dafür ist das dreigliedrige Schulsystem, das die AfD zementieren und ausbauen will. Auch Schüler:innen mit Behinderungen sollen nicht auf „normale“ Schulen gehen. An den Universitäten fordert die AfD, Studiengänge, die sich mit Gleichberechtigung befassen abzuschaffen und Studiengebühren wieder einzuführen. In puncto Klima und Energieversorgung will die AfD neue Atomkraftwerke bauen und die erneuerbaren Energien abschaffen. Autobahnen in Hessen sollen massiv ausgebaut werden.

DIE PERLE

Schatz soll bleiben

Nein zum übergroßen Hotelkomplex an der Fünfensterstraße

Hinter dem Rathaus liegt eine grüne Oase: Beim Hugenottenhaus in der Friedrichstraße wurde die Café-Bar PERLE vor ein paar Jahren neu erweckt. Ein sehr beliebter Ort in den warmen Monaten. Mit Bäumen und Sträuchern ist er eine Wohltat für das Klima in der Innenstadt.

Doch jetzt will die Immobilien-Investment-Firma Conley das ehemalige Hotel „Hessenland“ und das dahinter liegende Grundstück zu einem großen Hotelkomplex samt Tiefgarage ausbauen. Das wäre das Ende für die Perle.

Die Stadtverordneten der Koalition aus GRÜNE, CDU und FDP haben für den entsprechenden Bebauungsplan gestimmt. Ein Argument: Die Investoren machen Kassel attraktiv. Wir sagen nein! Eine private Immobilienfirma will vor allem Gewinn machen. Deshalb wer-

den Wohnungen in den Häusern nebenan entmietet, Clubs müssten im schlimmsten Fall schließen und das gemeinschaftliche Perle-Projekt soll weichen.

Als DIE LINKE wollen wir das Gegenteil: Die Stadt soll ihren Bewohner:innen dienen und nicht dem privaten Profit. Die städtischen Grundstücke hier hätten vom letzten Oberbürgermeister gar nicht verkauft werden dürfen.

Tiefgaragen sind nicht attraktiv - Gärten aber schon! Es wäre

verrückt, gesunde Bäume inmitten der Stadt abzuschlagen. Hier werden sie dringend gebraucht.

Auch ein Hotel im bisherigen Format kann einladend sein – es muss nicht noch größer werden. Vor allem aber: Es sind Menschen, die mit viel Engagement zur Kultur beitragen, die unsere Stadt lebenswert machen. Perle und Hugenottenhaus sind wahre Schätze. Die wollen wir erhalten.



Fraktion im Gespräch mit Maren Freyer (rechts) von der PERLE

JAMAICA-KOALITION

Nicht gut für Kassel

Das Bündnis aus Grünen, CDU und FDP heißt Jamaika-Koalition, nach den Farben der Parteien. Seit Dezember 2021 bildet diese Koalition eine Mehrheit im Stadtparlament.

Aber sie haben keinen Plan für die Entwicklung in unserer Stadt. Es fehlen Ideen, wie der übermäßige Verkehr eingedämmt werden kann oder gegen zu hohe Mieten. Sie hat keine Ideen für mehr Gerechtigkeit und Klimaschutz. Nutzlose Beschlüsse wie die „freiwilli-

ge Kasseler Lieferkettencharta“ werden gefasst und vergessen.

Die drei Parteien haben keine gemeinsame Idee für eine bessere Stadt. Aber sie haben einen Plan, wie Posten besetzt werden. Das ist der Kern der Jamaika-Koalition in Kassel. Und es ist ein schlechter Plan:

Die FDP stellt den Kämmerer: Herr Nölke. Der hat keine besondere Erfahrung in der Finanzpolitik. Aber nach seinem Abgang aus dem Bundestag braucht er einen

Job. Die CDU kriegt auch einen hauptamtlichen Dezernenten. Der soll gleichzeitig für Ordnung, Digitalisierung und Soziales zuständig sein. Herr Wett: Keiner, der sich gut auskennt und wirklich was verbessern will. Die Grünen bekommen eine Stadtbaurätin. Aber der sozial-ökologische Umbau wird wohl trotzdem nicht vorangehen. In der Jamaika-Koalition blockieren sich die unterschiedlichen Lager gegenseitig. So muss niemand seine Wahlversprechen erfüllen.

Schulneubau startet

Die im durch vielfältige soziale Probleme geprägten Kasseler Osten beheimatete Offene Schule Waldau bekommt nach vielen Jahren endlich ein neues Gebäude.

Die Kosten dafür sind durch die Steigerung der Bau- und Kreditkosten deutlich gestiegen. Aber gute Bildung braucht gute Bedingungen auch für die anderen noch anstehenden Bauvorhaben an den sanierungsbedürftigen Kasseler Schulen. Dementsprechend hat DIE LINKE dem Vorhaben zugestimmt, ganz unabhängig davon, dass wir das hier praktizierte verschachtelte Modell mit der GWG-Pro und der Stadt Kassel Immobilien GmbH kritisch sehen.

Allerdings war die Informationspolitik des damaligen OB Geselle gewohnt intransparent. Wenn in einer Sitzung die Gesamtsumme

für die nächsten 30 Jahre, nämlich grob 219,4 Millionen Euro, nicht ein einziges Mal genannt wird – offenbar aus Angst davor, dass den Stadtverordneten bei dieser Summe der Atem stockt und sie dann womöglich nicht zustimmen, ist eigentlich unerhört.

Besser wäre es gewesen, wenn der Magistrat in der Vergangenheit seine Hausaufgaben gemacht hätte und der riesige Investitionsstau an den öffentlichen Gebäuden so gar nicht erst entstanden wäre. Nun müssen eben die Kosten gestemmt werden, weil auch die künftige IGS Nord Plus oder die Knippingschule diese Investitionen dringend benötigen: Für neue und pädagogisch zeitgemäße Schulgebäude mit positiven Rückwirkungen auf die jeweilige Stadtteilentwicklung.

Hilfsangebote der LINKEN

Die 11. aktualisierte Auflage des Kasseler Kultur- und Sozialkompasses ist verfügbar.

Der Sozialkompass der LINKEN verweist auf kostenlose und kostengünstige Kultur- und Verpflegungsangebote, sowie auf Anlaufstellen bei konkreten Problemen. Wir erhalten viele positive Rückmeldungen zum Sozialkompass und sind froh, dass in der neuen Auflage weitere Angebote hinzugekommen sind. Der Sozialkompass hat inzwischen Nachahmer:innen in anderen Städten und selbst in der Stadt Kassel gefunden. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Da müssen wir politisch dagegenhalten. Gleichzeitig ist uns wichtig, konkrete Hilfe vor Ort zu leisten und diejenigen zu stärken, die zu einer solidarischen Stadtgesellschaft beitragen.

Der Sozialkompass liegt wie immer in vielen verschiedenen sozialen und kulturellen Einrichtungen und vor dem Fraktionsbüro der LINKEN aus. Zusätzlich zum Heft gibt es auf der Internetseite **sozialkompass-kassel.de** noch weitere Informationen zu den verschiedenen Angeboten.

Probleme mit ALG 1, Bürgergeld, Wohngeld, Sozialhilfe, Rente oder Energiekosten...?

Kostenlose Sozialsprechstunden mit Fachleuten

Mittwochs 14-16 Uhr
Ort: Parteilbüro, Schillerstr. 21
Anmeldung: 0561-9201503

Donnerstags 14-16 Uhr
Telefonisch, Linksfraktion unter
0561-7873314

Energiekostenhotline, Mo-Fr
16 bis 18 Uhr unter
0561-9201505

DIE LINKE. hilft!

BERATUNG ORGANISIERUNG KAMPFEN

sozial kompass

Alternativer Stadtführer für den kleinen Geldbeutel

Kasseler Kultur- und Sozialkompass
11. aktualisierte Auflage



DIE LINKE.
Linksfraktion Kassel

Impressum: Herausgeber Fraktion DIE LINKE Obere Königsstr. 8, 34117 Kassel, Telefon 0561 - 7873315, E-Mail: info@linksfraktion-kassel.de, Web: www.linksfraktion-kassel.de, Redaktion: Myriam Kaskel, Sabine Leidig, Jens Meyer, Christine Stein; V.i.S.d.P. Sabine Leidig, Druckerei PrintOut, Holländische Str. 21, 34127 Kassel, Auflage 20.000; Jg. 17 1/23 - www.linkszeitung.de bezeichnet sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung die Verwendung des Namens erlaubt.